



## Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 24.11.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Stadtbahn - Sachstandsbericht des Zweckverbands  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses und eröffnet die Sitzung. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Mit dem heutigen Bericht werde der Antrag 298/22 der LINKEN erfüllt.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbands Stadtbahn Ludwigsburg erläutert den aktuellen Planungsstand der Stadtbahn anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Dabei geht er auf den neuen Namen der Stadtbahn, auf die kommenden Planungsphasen und auf den Zeitplan ein.

Stadträtin **Dr. Knoß** zeigt sich erfreut, dass die Stadtbahn nun endlich konkret werde. Manche Aspekte wie die Fahrzeuge seien noch unklar. Auch die Zuschussbeantragung sei noch nicht abgeschlossen. Positiv sei, dass bereits jetzt die Bevölkerung umfangreich mitgenommen wird bei der Planung.

Die regelmäßige öffentliche Information in den Gremien sei richtig, so Stadtrat **Herrmann**. Viele Bedenken und Anmerkungen der Fraktionen seien vom Zweckverband aufgenommen und ausgeräumt worden. Auch seien die neuralgischen Punkte am Schillerdurchlass und um die Friedenskirche gelöst. Die Stammstrecke führe in seinem Verständnis durch die Innenstadt. Perspektivisch könne aufgrund technischer Neuerungen gegebenenfalls auf die Oberleitung in der Stadt verzichtet werden.

Stadtrat **Raasch** zufolge habe die Aussage des VVS, die Markgröninger Bahn benutzen zu wollen, auch Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung und die Verkehrszahlen. Er fragt, ob im Stufenkonzept auch die Weiterführung nach Schwieberdingen enthalten bleibe.

Ein regelmäßiger öffentlicher Bericht im Ausschuss wird von Stadträtin **Liepins** begrüßt. Sie zeigt sich erfreut über den Fortgang und den Stand der Planungen. Wichtig sei, die Bevölkerung aller betroffenen Kommunen mitzunehmen. Sie hofft darauf, dass in den anderen Kommunen kein Widerstand gegen die Stadtbahn besteht.

Stadtrat **Haag** bittet die Information und die Einbeziehung der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Termine frühzeitig zu veröffentlichen.

Stadtrat **Müller** bedankt sich für den Bericht. Der Antrag auf regelmäßigen Bericht könnte er theoretisch aufrechterhalten, bis die Stadtbahn in Betrieb geht. Er fragt, warum der Beginn der Planungen durch die Ingenieurbüros und die Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung

TOP 1                      Stadtbahn - Sachstandsbericht des Zweckverbands  
- mündlicher Bericht

---

gleichzeitig beginnen. Durch die verzögerte Vergabe der Planungsleistungen von einem halben Jahr gebe es hoffentlich keine weiteren Verzögerungen. Er erkundigt sich nach der Einbeziehung der Schusterbahn ins Stadtbahnnetz.

BM **Mannl** erläutert, dass bei den Bürgerveranstaltungen die Anregungen aus der Bevölkerung gesammelt werden, die dann in die Planung einfließen können. Dies solle auch als Signal wahrgenommen werden, dass die Planungen nicht im stillen Kämmerlein stattfinden.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbands Stadtbahn Ludwigsburg beantwortet die Fragen: Die Dauer der Zuschuss- und Genehmigungsverfahren liege nicht in der Hand des Zweckverbands. Da momentan viele Bahnprojekte in Deutschland geplant und genehmigt werden, seien die Büros und Behörden ausgelastet. Er werde auf schnelle Verfahren hinwirken. Eine umfassende und qualifizierte Information und Kommunikation erfolgen mit der Bevölkerung und den Kommunen. Dies geschehe in den Gremien und bei Bürgerveranstaltungen. Alle Interessen und Bedürfnisse könnten in einem solchen komplexen Projekt nicht erfüllt werden, das sei allen klar. Dass eventuelle Klagen die Genehmigungsverfahren verzögern könnten, damit müsse gerechnet werden. An der Beschaffung geeigneter Zweisystemfahrzeuge sei der Zweckverband dran. Die Einbindung der Schusterbahn sei ein interessanter Ansatz, deren Machbarkeit untersucht werden wird. Die entsprechenden Ergebnisse der Untersuchungen werden vorgestellt werden. Die Weiterführung nach Schwieberdingen werde in die Studien zur Wirtschaftlichkeit erneut miteinbezogen und der Geschäftsführer zeigt sich optimistisch. Mit den in Frage kommenden Planungsbüros werden ab dem 08.12.2022 Bietergespräche geführt.

BM **Mannl** dankt für die ausführlichen Informationen und die Aussprache. Er sagt einen regelmäßigen Bericht in der Zukunft zu im Sinne des Antrags der LINKEN. Aufgrund der langen Planungs- und Genehmigungsphasen sei ein weitergehender Zeitrahmen als quartalsweise sinnvoll, so die Einschätzung von BM Mannl und dem **Geschäftsführer** des Zweckverbands.

TOP 1.1

Berichterstattung Stadtbahn-Planung  
- Antrag der Gruppierung Die Linke vom 08.08.2022

Vorl.Nr. 298/22

---

### **Beratungsverlauf:**

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 24.11.2022

Über den aktuellen Sachstand berichtete der **Geschäftsführer** des Zweckverbands Stadtbahn (siehe TOP 1). Ein regelmäßiger Bericht in der Zukunft wurde vonseiten der Verwaltung zugesagt. Aufgrund der langen Planungs- und Genehmigungsphasen sei ein weitergehender Zeitrahmen als quartalsweise sinnvoll, so der Geschäftsführer und BM **Manni**.

Der Antrag 298/22 der Linken ist damit erledigt.

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch den **Geschäftsführer** des Verkehrsverbunds Stuttgart GmbH VVS, der die Kapazitätsentwicklung des Bahnhofs Ludwigsburg anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) vorstellt. Die Erhöhung der Nutzerzahlen am Bahnhof ergebe sich aus der allgemein anvisierten Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030, durch den Bau der Stadtbahn Ludwigsburg, Reaktivierung von Strecken und der Einbindung von Stuttgart 21 ins Bahnnetz. Der Bahnhof Ludwigsburg zähle zu den zehn großen und wichtigen Bahnhöfen in der Region Stuttgart.

Stadtrat **Handel** sieht die S-Bahn Stuttgart als Erfolgsmodell und fragt, ob seit der Einführung des S-Bahn-Systems in den 70er Jahren Zahlen für deren Entwicklung vorliegen. Durch die Steigerungen der Nutzungen sei auch der Zentrale Omnibusbahnhof ZOB und das Bahnhofsgebäude in Bezug auf Verkehrsflächen und Qualität anzupassen. Das Deutschlandticket werde ebenfalls für Veränderungen sorgen. Die Zahlen würden zeigen, dass die zweite Unterführung unter den Gleisen auf jeden Fall gebraucht wird. Er fragt, ob die Daten auch quartalsweise erhoben werden können. Abschließend spricht er die Wichtigkeit von barrierefreien Bahnsteigen an.

Stadtrat **Herrmann** prognostiziert Zuwächse im Regionalverkehr durch die Inbetriebnahme von Stuttgart 21. Der Umbau des ZOB habe für die CDU-Fraktion hohe Priorität und hierbei sollte der Bahnhofsrat einbezogen werden. Die Datenbasis sollte aktiv für Verbesserungen und Entwicklungen am Bahnhof herangezogen werden.

Eine gute Aussicht auf bessere Zahlen und eine positive Entwicklung sieht Stadtrat **Zeltwanger**. Bei mehr Fahrgästen müsse auch der Bahnhof und das gesamte Areal dementsprechend weiterentwickelt werden. Die Frage ist, welche Einflussmöglichkeiten der VVS beim Großkonzern Deutsche Bahn habe.

Angesichts der Hoffnung machenden Zahlen müsse auch der ZOB vorausschauend geplant werden, so Stadtrat **Maier**. Die zweite Unterführung sei unbedingt notwendig, auch der ZOB solle schnell umgesetzt werden. Das Bahnhofsgebäude mit seinen negativen Eigenschaften werde wohl bestehen bleiben.

Stadtrat **Haag** zufolge zeigen die Zahlen auch eine positive Entwicklung des Busverkehrs. Die jetzige Unterführung unter den Bahngleisen sei überlastet und die zweite werde hoffentlich gebaut. Es gebe noch weitere Entwicklungen im Bereich ÖPNV, die kommen werden.

Die positiv sich entwickelnden Zahlen untermauern die Forderung nach der zweiten Unterführung meint Stadtrat **Müller**. In diesem Zusammenhang fragt er nach einer finanziellen Beteiligung des Verbands Region Stuttgart. Außerdem erkundigt er sich nach der Ausweitung des Regionalverkehrs im Rahmen von Stuttgart 21.

---

Der **Geschäftsführer** des Verkehrsverbunds Stuttgart GmbH beantwortet die Fragen aus dem Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 24.11.2022

Gremium. Für die Datenerhebung seien keine kürzeren Intervalle möglich als eine jährliche Erfassung und Prognose. Das neue Deutschlandticket für 49 € werde sicherlich weiter zur Fahrgastzunahme beitragen. Klar ersichtlich sei, dass das Bahnhofsgebäude kein Vorzeigebahnhof sei; die Qualität, wie auch die Barrierefreiheit, bleibe eine Daueraufgabe. Der VVS befinde sich im Austausch mit den Unternehmen der Deutschen Bahn. Der Linienbusverkehr Ludwigsburg sei der

TOP 2 Kapazitätsentwicklung Bahnhof Ludwigsburg  
- mündlicher Bericht

---

größte und qualitativste Stadtverkehr in der Region. Für die Infrastruktur wie der zweiten Unterführung gebe es klare Zuständigkeiten bei den Bahntöchtern. Diese und der neue ZOB werden vom VVS unterstützt, aber eine finanzielle Beteiligung sei rechtlich nicht möglich. Eine Ausweitung des Regionalverkehrs nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 ergebe sich durch die Durchbindung der Linien zum Flughafen.

BM **Manni** dankt dem Geschäftsführer des VVS für den Bericht. Er würdigt den VVS auch als Berater der Stadt beim Umbau des ZOB.

TOP 3 Umweltmessboxen: Aktueller Stand und Einblick in die Messdaten  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität führt in das Thema ein. Das Forschungsprojekt werde durch den Bund und das Land gefördert und von der Bosch GmbH durchgeführt. Über das in der Stadt verteilte Messnetz lassen sich bessere Vergleichswerte und dadurch aussagekräftigere Rückschlüsse über Luftschadstoffe ziehen. Die gewonnenen Daten werden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht. Der Netzgedanke sei interessant, um Werte in der Stadt zu vergleichen und interpretieren zu helfen. Klar sei, dass das Wetter und andere Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die Luftqualität haben, und nicht nur der Verkehr.

Es erfolgt ein Bericht durch **Vertreter** der Bosch GmbH anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die Messboxen ergänzen die Messbox der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg LUBW. Aller Voraussicht nach werden die Luftgrenzwerte im laufenden Jahr nicht überschritten. Eine Interpretation sei durch die vielen Faktoren oft nicht einfach. Die gewonnenen Daten helfen, die Auswertungen zu verbessern.

Stadtrat **Handel** bewertet die Veröffentlichung der Daten positiv. Am Thema Luftreinhaltung müsse die Stadt unbedingt dranbleiben. Erstmals seien die NOx-Werte unter dem Grenzwert, aber auch die Feinstaubwerte müssten im Blick bleiben. Auch bei E-Autos gebe es Feinstaubemissionen. Er fragt, was die Luftfiltersäulen an der Schlosstraße für die Luftqualität bringen. Auch die Einrichtung von Radwegen hätte Effekte auf die Luftqualität.

Stadtrat **Raasch** fragt, ob bei der Feinstaubfassung zwischen Reifenabrieb und Pollen oder Saharastaub unterschieden werden könne. Interessant sei aus seiner Sicht, die Jahreszyklen zu vergleichen.

TOP 3                      Umweltmessboxen: Aktueller Stand und Einblick in  
die Messdaten  
- mündlicher Bericht

---

Dass die Werte an der Schlosstraße unter den Grenzwerten bleiben, sei positiv, meint Stadtrat **Maier**. Er erkundigt sich, ob Effekte durch neu eingerichtete Geschwindigkeitsbegrenzungen spürbar waren.

Stadtrat **Haag** zufolge sei die Luftqualität in der Stadt gut. Durch die Daten werden gute Werte für die Steuerung gewonnen. Die Frage sei, wie reagiert werde, wenn sich die Grenzwerte auf EU-Ebene ändern.

Stadtrat **Müller** erwidert, dass man nicht von guter Luft sprechen könne, wenn die Grenzwerte nur knapp unterschritten würden.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erläutert, dass die Boxen seit November 2021 aufgestellt seien und daher noch keine Jahresvergleichsmöglichkeit bestehe. Bei Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduktionen könne man dafür sofort messen und Effekte feststellen. Die Filtersäulen an der Schlosstraße bringen eine Verringerung von 3-4 Mikrogramm und dadurch seien die Werte unterhalb der Grenzwerte. Die Filtersäulen würden weiterlaufen als Maßnahme des Luftreinhalteplans. Ein dauerhafter Betrieb sei nicht erwünscht.

Die **Vertreter** der Bosch GmbH führen weiterhin aus, dass die Maßnahmen wie Mooswände, Straßenreinigung und Luftfiltersäulen rechnerisch zu einer Verringerung der Luftbelastung beitragen. Einen großen Anteil an der Belastung haben allerdings die vorherrschenden Wetterbedingungen. Eine Unterscheidung zwischen Pollen- oder Saharastaub könnten die Geräte nicht leisten.

BM **Manni** fasst zusammen, dass der Luftqualitätsindex auf europäischer Ebene vorgegeben ist. Durch die umfangreiche Datenaufbereitung können Effekte durch Verkehrsverlagerungen nachgewiesen werden. Außerdem erhält die Stadt dadurch die Möglichkeit zu lernen, bei einer Veränderung der Grenzwerte zu argumentieren, welche Faktoren noch eine Rolle bei der Luftqualität spielen. Abschließend dankt er den Vertretern der Firma Bosch GmbH für ihren Bericht.

**Beschlussempfehlung:**

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 19.03.2023 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg Innenstadt)

am 08.10.2023 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ mit Herbstmarkt (Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

Es erfolgt ein kurzer Sachvortrag des **stellv. Fachbereichsleiters** Sicherheit und Ordnung.

Für Stadtrat **Bauer** ist es unverständlich, dass der Mobilitätsaspekt nicht in der Vorlage enthalten ist. Er bittet um Vorschläge aus der Verwaltung, wie das Verkehrschaos bei den vergangenen verkaufsoffenen Sonntagen verhindert werden kann. Auch bemängelt er, dass der Klimacheck am Ende der Beschlussvorlage nicht ausgefüllt wurde. Er bittet, eine gesamtheitliche Betrachtung der Auswirkungen der verkaufsoffenen Sonntage vorzulegen. So wünscht er einen Bericht darüber, wie sie sich auf die Attraktivität der Innenstadt auswirken, bzw. welche negativen Aspekte sich für Bewohnerinnen und Bewohner ergeben. Er stellt klar, dass die Rettung des Einzelhandels über verkaufsoffene Sonntage nicht erreicht werde. Die Fraktion werde unterschiedlich abstimmen, Stadtrat Bauer werde sich enthalten.

Stadtrat **Klotz** zufolge sorgen die verkaufsoffenen Sonntage für eine Attraktivierung der Innenstadt. Sie seien gleichwohl ein Stresstest für das neue Parkleitsystem. Die Stellungnahmen der Kirchen seien eingeholt worden. Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Zustimmen werde auch seine Fraktion, so Stadtrat **Zeltwanger**. Er fragt nach dem Verkehrskonzept für die Veranstaltungen und v.a. für die Mobilität in der Innenstadt. Er sieht es als Teil einer Willkommenskultur in der Stadt, dass Leute zu den Veranstaltungen gelangen können.

Stadträtin **Liepins** geht darauf ein, dass die Anträge durch LUIS e.V. eingereicht wurden. Angesichts des wiederholt aufgetretenen Verkehrskollaps erinnert sie an den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung von Shuttlebussen. Für sie ist nicht nachvollziehbar, dass vonseiten der Verwaltung keine genauen Vorschläge zum Mobilitätsaspekt kommen.

Die Verkehrsproblematik spricht Stadtrat **Haag** an. Die eingerichteten Methoden der  
TOP 4 Verkaufsoffene Sonntage 2023  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 393/22

---

Verkehrslenkung sollen dann auch funktionieren und ihren Effekt zeigen. Shuttlebusse würden ebenfalls im Stau stehen, meint er.

Der Kritik zu den Mobilitätsthemen schließt sich Stadtrat **Müller** an.

Ein Mobilitätskonzept bezogen auf die verkaufsoffenen Sonntage sei im Juli 2022 im Ausschuss vorgestellt worden, so BM **Manni**. Dies schließt bspw. eine Taktverdichtung der Linienbusse und die Öffnung von Discounterparkplätzen ein. Eine rechtzeitige und umfassende Information und Kommunikation sei enorm wichtig. Das neu installierte Parkleitsystem werde im kommenden Mobilitäts- und Umweltausschuss am 08.12.2022 vorgestellt.

Lt. dem **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität seien die Aspekte rund um den Verkehr nicht nur bei den verkaufsoffenen Sonntagen wichtig und virulent und sollten daher gesondert diskutiert werden. Das vorgestellte Konzept beruhe auf den 3 Maßnahmen Taktverdichtung ÖPNV, Leitsystem und zusätzliche Parkkapazitäten.

BM **Manni** lässt sodann über die Beschlussvorlage 393/22 abstimmen.

TOP 5 Kreisverkehr Sternkreuzung - Sachstandsbericht  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 5 auf und erinnert an die erste Beratung der Thematik mit der Vorstellung der Machbarkeitsstudie in der Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 22.09.2022. Die Anträge der Freie-Wähler-Fraktion sowie der FDP-Fraktion seien damals angenommen worden. Die momentan laufenden Bauarbeiten werden voraussichtlich Mitte Dezember beendet, sodass im Anschluss mit der Einrichtung des Interimskreisverkehrs begonnen werden könne. Er spricht bei der Gestaltung der Sternkreuzung von einer „Evolution“.



im Echtbetrieb. Die Sicherheitsaspekte und Vorgaben seien zu beachten. Ergebnis des Versuchs könnte sein, dass auch manches nicht zur Zufriedenheit funktioniere.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erläutert, dass die Planung im Sicherheitsaudit besprochen worden sei. Die Lage und Anlage der Fußgängerüberwege sei richtlinienkonform. Aufgrund der Geometrie sei kein Platz für die Anlage von Bypässen. Die Gehwegfreigabe für den Radverkehr geschehe aufgrund der Verkehrsdichte mit 32000 Fahrzeugen am Tag auf der Kreuzung. Die LVL Jäger GmbH als Busbetreiber kenne die Planung und befürworte die Busspuren. Dies trage zu einer ganzjährigen Verbesserung bei.

Es schließt sich eine Aussprache über Details der Planung an, die insbesondere die Radführung über die Schorndorfer Straße und die Fußgängerüberwege betrifft.

BM **Manni** dankt für den intensiven Austausch und fasst abschließend zusammen, dass die Anregungen von der Verwaltung aufgenommen werden. Für Fragen stehe man auch weiterhin zur Verfügung. Eine Rückmeldung zur Thematik Radfreigabe auf den Fußwegen wird im Nachgang zur Sitzung gegeben.

TOP 6

Verbesserung Verkehrs- und Parksituation  
Blühendes Barock und Oststadt  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 306/22

---

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Oststadt (siehe Anlage 1) die bisherige Parkraumbewirtschaftung zur Vermeidung von Parksuchverkehr und zum Schutz der Bewohnerschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf Sonn- und Feiertage auszuweiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Es erfolgt keine Abstimmung.

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 6 auf. Zunächst werden die Mobilitätsthemen in Bezug auf das Blühende Barock, danach die Parksituation in der Oststadt beraten.

Er begrüßt die neue **Geschäftsführerin** der Blühenden Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH (Blüba). Diese stellt sich dem Gremium vor, und anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) erläutert sie die angedachten Verbesserungen bei der Verkehrslenkung und bei den Mobilitätsangeboten verbunden mit dem Blüba. Ein Meilenstein sei das Kombitagesticket mit beinhalteter VVS-Netzkarte, das künftig angeboten wird. Sie stellt die weiteren Maßnahmen vor und lässt Raum für weitere Ideen aus dem Gremium in Bezug auf die Mobilitätsaspekte.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt der Geschäftsführerin, dass sie sich kurz nach ihrem Amtsantritt der

Themen annehme. Die Einführung des Kombitickets sei begrüßenswert. Die Parkhäuser in der Stadt sollten besser mit dem Ziel Blüba vermarktet werden und die am Sonntag geschlossenen sollen künftig auch sonntags öffnen. Sie bemängelt, dass das Haupttor an der Schorndorfer Straße nicht passierbar sei, wenn das Blüba geschlossen habe und die Verkaufspavillons nicht besetzt seien.

Die Einführung des Kombitickets und die Verbesserungen beim Parkleitsystem seien positiv, so Stadtrat **Herrmann**. Parkhäuser sollten noch mehr in die Verkehrslenkung einbezogen werden, ebenso der Bahnhof als ÖPNV-Knotenpunkt. Er begrüßt mehr Fahrradabstellanlagen, ohne dass Parkplätze für Autos wegfallen.

Stadtrat **Zeltwanger** hält die Ideen für gute Ansätze. Weitere Gutscheine oder Kooperationen fände er wünschenswert. Die Einbeziehung von weiteren Parkhäusern sei sinnvoll.

Stadträtin **Liepins** findet das Kombiticket sinnvoll. Die weiteren Ansätze seien vielversprechend, die Parkhäuser sollten immer mit dem Hinweis Blüba versehen werden.

Stadtrat **Haag** fragt, ob es Besucherbefragungen gebe, aus denen hervorgehe, wie die Besucher zum Blüba kommen.

Die Beschilderung von Bahnhof zum Blüba müsse verbessert werden, meint Stadtrat **Müller**. Das neue Kombiticket solle gut kommuniziert werden. Er erkundigt sich, ob es eine Stellungnahme des Klinikums zur Nutzung des dortigen Parkhauses gebe.

Die **Geschäftsführerin** des Blüba dankt für die Anregungen, die sie in die weiteren Überlegungen  
TOP 6                      Verbesserung Verkehrs- und Parksituation                      Vorl.Nr. 306/22  
Blühendes Barock und Oststadt  
(Vorberatung)

---

einbeziehen werde. Die letzte Besucherbefragung sei 2019 durchgeführt worden. In Bezug auf das Parkhaus des Klinikums erklärt sie, dass die Klinikumsleitung mit dem Angebot auf das Blüba zugekommen sei.

BM **Manni** lässt nach der Aussprache zum Themenfeld Blüba über die Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt beraten.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität stellt die Thematik der Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt und die beabsichtigte Erweiterung der Bewirtschaftungszeiten auf Sonntage vor (Präsentation hierzu vgl. Anlage zur Niederschrift). Es sei ein Ungleichgewicht wegen der Kostenfreiheit erkennbar gewesen. Er stellt den Zeitplan vor.

BM **Manni** führt die Vorteile für die Anwohner aus, deren Parkprivilegierung nun auch am Sonntag gelten würde.

Stadträtin **Dr. Knoß** sieht darin eine bessere Lenkung der Parksituation in der Oststadt. Für die Anwohnerinnen und Anwohner sei dies eine gute Lösung. Ihre Fraktion werde zustimmen. Auch bei einer Ausweitung auf Sonntage in den Zonen 1 und 2.

Die Probleme in der Oststadt würden dadurch nicht gelöst werden, meint Stadtrat **Herrmann**. Auch jetzt schon seien an Sonntagen alle Parkhäuser und Straßen voll. Eine Ahndung der Falschparker wäre heute auch schon möglich, auch ohne Gebührenpflicht am Sonntag. Er habe von Anwohnern die Rückmeldung erhalten, dass die Ausweitung auf Sonntage eine Verschlechterung darstelle. Die Ausführungen bei der Tabelle Klimatische Auswirkungen in der Vorlage 306/22 hält er für theoretische Annahmen. Die Vorlage werde von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Stadtrat **Raasch** zufolge sei nicht nachvollziehbar, dass in den Zonen 1 und 2 weiterhin die Sonntage kostenlos seien. Eine Bewerbung des Kombitickets mit VVS-Tagesticket könne für mehr Entlastung sorgen. Eine Ausweitung auf Sonntage mache nur Sinn, wenn es überall gilt.

Stadträtin **Liepins** findet die kostenlosen Sonntage in den Zonen 1 und 2 auch nicht verständlich. Die Frage sei, ob die Bewohner die Ausweitung als Verbesserung wahrnehmen oder nicht. Die Regelung zum Bewohnerparken bezeichnet sie als halbherzig. Diese Thematik sollte auch betrachtet werden. Die SPD-Fraktion werde unterschiedlich abstimmen, sie selbst werde die Vorlage ablehnen.

Stadtrat **Haag** wundert sich, dass bereits über die Vorlage abgestimmt werden solle, wo die Entwicklungen durch Angebotserweiterungen bspw. durch das Kombiticket noch nicht absehbar seien. Wichtig sei vor allem die Verkehrslenkung und -leitung zu freien Parkmöglichkeiten. In den Randbezirken der Oststadt werde die Parkproblematik als nicht so schlimm gesehen.

BM **Manni** zufolge ergeben sich offene Fragen bezüglich der Parkraumbewirtschaftung an Sonntagen in den Zonen 1 und 2. Dies werde von der Verwaltung aufbereitet und geprüft.

Die Vorlage 306/22 wurde daraufhin mit Einverständnis des Gremiums von BM **Manni** zurückgenommen. Im Januar 2023 soll sich der Ausschuss erneut mit dem Thema befassen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Abschnitt „Friedrich-Ebert-Straße, zwischen B 27 (ohne Kreuzungsbereich) und Fasanenstraße“ – siehe Anlage 1 - wird als richtungsgetrennter Radschnellweg geplant.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Abschnitte
  - a. Friedrich-Ebert-Straße (s.o.)
  - b. Alleenstraße, zwischen Myliusstraße und B 27die Planungen voranzutreiben, mit dem Zeitziel des Baubeginns ab dem Jahr 2024.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt bis zur Genehmigungsplanung umzusetzen

**Abstimmungsergebnis:**

Es erfolgt keine Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Das **Gremium** einigt sich nach der befürwortenden Stellungnahme eines **Mitglieds des Jugendgemeinderats** zur Radwegeführung, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, die weitere Beratung und die Beschlussfassung auf die kommende Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 08.12.2022 zu vertragen.

BM **Manni** schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.